

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB bewertet den Vorstoß von Minister Bangemann in der Frage des Paragraphen 116 AFG. Seite 1

Dietrich Sperling MdB wirft ein Schlaglicht auf die Umweltschutzpolitik der Bundesregierung: Papiertiger am Werk. Seite 3

Dokumentation
Der neue Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier über Länderfinanzausgleich und die Lage Bremens. Seite 4

40. Jahrgang / 203

23. Oktober 1985

Schallende Ohrfeige für Bangemann

Das Hin und Her um die AFG-Novelle geht weiter

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

In Bonn gibt es in der sogenannten „Regierung Kohl“ einen Bundesminister für Wirtschaft mit Namen Bangemann, der als Nachrücker in dieses schöne Amt kam. Selbiger Bangemann liebt es, sich von Zeit zu Zeit durch ausgefallene Vorschläge und lockere Reden zu ernsthaften Themen ins Gespräch der Medien zu bringen. Und es gelingt ihm auch immer wieder in kaum nachahmenswerter Art und Weise. Nun und nachdem unser Bundesminister für Wirtschaft eine kleine Durststrecke ohne größere Schlagzeilen hinter sich bringen mußte, ist es wieder einmal so weit.

Herr Bangemann hat der Presse erzählt, die große Aktionswoche des Deutschen Gewerkschaftsbundes habe kein neues Argument für eine Änderung der Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser unserer Regierung gebracht. Und weil er gerade einmal so schön in Fluß war, kündigte er gleich noch bis Ende des Monats einen Gesetzentwurf derselben, dieser unserer Regierung an zur Reform des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz.

Mit dieser seit langem in diversen Zirkeln von Union und Freiliberale erwogenen und auch bereits mit einer langen Unterstützerliste versehenen Initiative soll erreicht werden, daß mittelbar von Arbeitskämpfen betroffene Arbeitnehmer künftig keinen Anspruch mehr auf Kurzarbeitergeld oder Arbeitslosenunterstützung bei der Bundesanstalt für Arbeit geltend machen können, wenn ihre Unternehmen wegen eines Arbeitskampfes in einer anderen Region oder einem anderen Wirtschaftszweig ihre Produktion einschränken oder einstellen.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltgerechtes
Papier
aus
Kraftpapier
Recycling-Papier



Der Herr Minister will „diese Sache nun zu Ende bringen“, da sich die Tarifvertragsparteien seiner Ansicht nach nicht verständigen können. In diesem Punkt ist Herr Bangemann zuzustimmen. Die Gewerkschaften können im Interesse ihrer Mitglieder und im Interesse aller Arbeitnehmer keiner Regelung zustimmen, die die Bundesanstalt für Arbeit in Arbeitskämpfen faktisch auf die Seite der Arbeitgeber ziehen würde. So gesehen ist jede Absicht auf Änderung des Paragraphen 116 AFG auch eine weitere Kriegserklärung an alle Arbeitnehmer.

Pikant wird Bangemanns neuerlicher Auftritt durch zweierlei:

Zum einen teilte der Regierungssprecher, der ebenfalls als Nachrücker in das Amt des Bundespresseamtschefs gekommene Friedhelm Ost, am selben Tag mit, dieser unser Kanzler sähe das alles ganz anders als der Herr Bangemann. Dieser unser Kanzler wolle erst in Gesprächen mit den Tarifparteien seine Bemühungen um eine freiwillige Lösung des Problems Paragraph 116 AFG fortsetzen. Und überhaupt sei auch gar nicht der Herr Bangemann, sondern der Herr Blüm für das AFG zuständig.

Zum anderen wird allgemein damit gerechnet, daß die Regierungskoalitionäre aus CDU/CSU und FDP in den anstehenden Beratungen der verschiedenen bereits vorliegenden Gesetzentwürfe zum AFG das Thema des Paragraphen 116 „draufsatteln“ werden. Und da das neue AFG schon in zehn Wochen am 1. Januar 1986 in Kraft gesetzt werden soll, wird ein entsprechender Vorstoß bald kommen. Möglich wurde er, weil der Bundesarbeitsminister wieder einmal einen Machtkampf innerhalb der Regierungsfractionen verloren hat.

Man darf gespannt sein, welcher flotter Spruch ihm dazu über die Lippen gehen wird. In diesem Zusammenhang ist dann auch nicht auszuschließen, daß sich angesichts seiner allseits bekannten Publicitysucht der Herr Bangemann nur allzu gerne vorschicken ließ, um „das Terrain zu bereiten“ für den in den nächsten Tagen folgenden (offiziellen) Koalitionsvorstoß gegen den Paragraphen 116 AFG und die Arbeitnehmer in unserem Land.

Die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, woran wir mit Bangemann dieses Mal sind: Wollte er sich wieder einmal ins Gespräch bringen unabhängig vom Thema? Hat er sich verplappert? Oder ist er nur vorgeprescht nach dem Motto „Bangemann, geh' Du voran!“, und der Regierungssprecher muß in Kürze erklären, warum er sich so geirrt hat?

(-/23.10.1985/va/ks)

+ + +



Umweltschutz ohne lenkende Hand

Zimmermann produziert Papiertiger ohne Zähne

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Umweltschutzpolitik der Bundesregierung wird nur nach außen mit starken Worten vertreten, sie ist halbherzig in der Sache und intern schlecht koordiniert. Sie leidet wie andere Bereiche des Innenministeriums daran, daß der zuständige Ressortchef sich nicht wirklich um sie kümmert.

Dies wirkt sich bis ins Detail aus. Beispiel: Die Bundesregierung teilt, so ihre Auskunft in der Fragestunde, die Auffassung, daß die zunehmende Bodenversiegelung die Abwasserklärung verteuert und die Grundwasserbildung erschwert. Ein Problem, das sich „schleichend“ entwickelt und sehr ernst zu nehmen ist.

Was tut die Bundesregierung gegen Landschaftsverbrauch und Bodenversiegelung? Sie verweist zunächst einmal auf ihre Bodenschutzkonzeption. Ein schönes Papier, aber leider ein Papiertiger ohne Zähne, sprich: ohne Instrumente und Umsetzung.

Für den Bereich Grundwasser soll erst noch ein Maßnahmenkatalog erarbeitet werden, der im Jahre 1986 vorliegen wird. Der muß dann zwischen den Bürokratien von Bund, Ländern und Gemeinden beraten werden. Möglicherweise wird auch irgendwann mal etwas passieren.

Währenddessen handelt der Bauminister und bringt ein Baugesetzbuch auf den Weg, in dem alle die Maßnahmen, die der Innenminister aufgrund seiner Problemeinsicht im nächsten Jahr vorlegen will, eigentlich enthalten sein müßten, soweit sie die Zuständigkeit des Bundes berühren.

Den Innenminister interessiert's nicht. Sein Staatssekretär Spranger im Bundestag: „Ich habe hier keine Stellungnahme zum Entwurf des Baugesetzbuches abzugeben, sondern mich zur Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung zu äußern.“

Genau das ist das Problem: Der eine Minister weiß nicht, was der andere macht; und hinterher wundern sich alle über zunehmende Umweltprobleme. (-/23.10.1985/va/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

Länderfinanzausgleich benachteiligt Bremen

Der neue Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier hat sich auf dem Landesparteitag seiner Partei am 12. Oktober 1985 gegen die Benachteiligungen durch die Bundesregierung gewandt. Wedemeier forderte zudem eine Erhöhung der Einwohnerwertung für Bremen, um das Manko des Länderfinanzausgleichs auszumerzen. Seine Rede in Auszügen:

Selt drei Jahren weht in Bonn der Wind von rechts, spüren wir die sogenannte Wende, die tatsächliche und geistig-moralische. Was ist das für eine Wende, die den Aufschwung für alle bringen sollte?

- Die Schwächsten der Gesellschaft werden ausgegrenzt.
- Die Arbeitslosigkeit ist die höchste seit der Währungsreform.
- Der Bundeshaushalt wird zu Lasten der Gemeinden, der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger saniert.
- An den Tatsachen des Schreckens und des Elends auf dieser Welt wird mit lächelnder Miene vorbeigeschaut.
- Die Ausgrenzung von Minderheiten ist Programm.

Wohin eine solche Spaltung der Gesellschaft führen kann, sehen wir in diesen Tagen in England. Dort explodieren angestaute Aggressionen. Verzweiflung führt zum Haß. Und Haß zerschneidet jedes Band, macht jeden Dialog unmöglich. Wer den sozialen Frieden zerstört, gefährdet den inneren Frieden und damit am Ende die Demokratie.

Und ich gebe zu: Die Sprechblasen-Rhetorik dieser Regierung, das Ankündigen und Zurücknehmen, das Hin und Her und Durcheinander in fast allen zentralen Politikbereichen erwecken allzu leicht den Eindruck des Harmlosen, Unfähigen. Genau davor will ich warnen! Angesichts von Bitburg - ich erinnere nur an den ungeheuerlichen Brief Dreggers an US-Senatoren - sollten wir uns keinen Illusionen hingeben. Gerade weil wir die Schwächen der Konservativen spüren, dürfen wir nicht die Augen verschließen vor der real existierenden Wende.

Wer wie diese Regierung die zentrale Herausforderung der Massenarbeitslosigkeit nur in Sonntags- und Fensterreden zur Kenntnis nimmt, wer die betroffenen Menschen einfach den Spielregeln des Marktes überläßt, der verstößt gegen das Gebot der sozialen Gerechtigkeit. In Artikel 20 des Grundgesetzes ist festgelegt, daß die Bundesrepublik nicht nur ein demokratischer, sondern auch ein sozialer Bundesstaat ist. Daraus ergibt sich doch die Verpflichtung, die andauernde Massenarbeitslosigkeit politisch zu bekämpfen.

Und sage niemand, dafür sei kein Geld vorhanden. Dies ist nicht eine Frage, ob die nötigen Mittel, sondern ob der politische Wille vorhanden ist. Im Sommer 1984 wurden binnen weniger Tage für einen kleinen Kreis umsatzstarker Landwirte die Subventionen um zwei Milliarden DM erhöht. Sind denn die Arbeitslosen weniger wert?



Ein anderes Beispiel: Da werden die Arbeitslosenbeiträge um ein Promille von 4,1 auf 4,0 Prozent gesenkt. Das bringt dem Arbeitnehmer 1,68 DM, ebenso dem Arbeitgeber. Für alle zusammen macht das über 750 Millionen Mark. Mit diesen 750 Millionen Mark hätte man doch ein Ausbildungsbeschaffungsprogramm für junge Leute schaffen können, damit sie in unserer Gesellschaft wieder eine Perspektive haben!

Da warnt dieser Tage Helmut Kohl die Gewerkschaften vor einer „Politik der verbrannten Erde“. Hier wird den Gewerkschaften unterstellt, daß sie diese Republik zerstören wollen. Hier wird der Kampf gegen Ungerechtigkeit und Sozialabbau diffamiert und mit Kriegstaten verglichen. Ich warne davor, die von der Regierung verursachten Spannungen mit dem Vokabular aus dem Kriegswörterbuch noch zu eskalieren.

Im letzten Jahr entstanden rund 130.000 neue Arbeitsplätze. Über 80.000 dieser Arbeitsplätze verdanken wir dem Kampf der Gewerkschaften, die das Tabu der 40-Stunden-Woche durchbrochen haben. Und nun rühmt sich die Bundesregierung dieser neuen Arbeitsplätze, obwohl doch der Bundeskanzler den gewerkschaftlichen Kampf für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit damals „dumm und töricht“ genannt hat.

In unserer Republik findet eine gigantische soziale Umverteilung statt, die immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft drängt. Gleichzeitig werden die Erfolge des „Aufschwungs“ propagiert. Doch auf wessen Kosten dieser Aufschwung geht - die Tatsache, daß die Löhne in dieser Zeit real gesunken sind - wird verschwiegen. Allerdings sind die Unternehmenserträge seit der Wende um 25,5 Prozent gestiegen. In bestimmten Branchen, voran bei den Banken, sind die Gewinne geradezu explodiert.

Die Wende-Regierung hat aus den letzten Wahlniederlagen gelernt, daß sie das Problem der Arbeitslosigkeit nicht einfach aussitzen kann. Was wird nun getan? Die erste Idee ist, an den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit herumzumanipulieren. Die CSU schlägt sogar vor, zwischen Haupt- und Nebenverdienern zu unterscheiden, was schlicht verfassungswidrig ist. Hier werden arbeitslose Menschen zur wahlpolitischen Spekulationsmasse erniedrigt. Es ist deutlich: Diese Regierung kann nicht in Anspruch nehmen, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vertreten.

- Das sogenannte Beschäftigungsprogramm schafft zwar keinen neuen Arbeitsplatz, dafür macht es „Heuern und Feuern“ wieder praktikabel.
- In regelmäßigen Abständen tauchen Klagen auf, daß die Entlohnung der Arbeit zu hoch sei, das soziale System zu teuer und zu unwirtschaftlich. Und es werden entsprechende Maßnahmen eingefordert.
- Da wird versucht, durch eine Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz, also durch die Zulassung von Splitterlisten und durch die Einführung eines Konkurrenzbetriebsrats in Gestalt der Sprecherausschüsse, die Gewerkschaften zu spalten.
- Da werden Gutachten bestellt, die belegen sollen, daß Streiks zu begrenzen und die Aussperrungen auszuweiten sind, ohne daß Kurzarbeitergeld an die Kolleginnen und Kollegen bezahlt werden soll, die nichts mit der Tarifaueinandersetzung direkt zu tun haben.

Die ökonomische Krise wird mißbraucht als Hebel für eine Politik, die die privaten Kapitalinteressen stärken will, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung aber zurückschrauben will. Dies ist mit zu bedenken, wenn wir uns nun die Lage Bremens vor Augen führen. Von zwei Seiten in die Zange genommen, von den weltwirtschaftlichen Verwerfungen und von der Bonner Entsolidarisierungspolitik müssen wir um den Bestand dessen kämpfen, was wir in Jahrzehnten hier aufgebaut haben.

Ist die Finanznot des Landes und der beiden Stadtgemeinden eine Frage falscher Politik in Bremen oder ein Ergebnis überholter Strukturen der Finanzverfassung zwischen Bund und Ländern? Ich sage hier ganz klipp und klar an die Adresse mancher Kritiker, daß die bremischen Probleme, daß die saarländischen Probleme, daß die Probleme Nordrhein-Westfalens keineswegs hausgemacht sind. Das langsame Ausbluten der Hansestädte ist nicht auf regionale Politik zurückzuführen. Die Probleme liegen bei den Ungerechtigkeiten im Finanzverteilungssystem!

Da hält man uns vor, wir wären noch Anfang der 70er Jahre ein gebendes Land gewesen, und heute würden wir nur noch nehmen. Dabei übersieht man, daß durch die Steuerreform von 1969 die Finanzverteilungssystematik verändert worden ist. Fiel noch bis Ende der 60er Jahre die Steuer dort an, wo sie auch erarbeitet wurde, so verlagert die Steuerreform die Steuerkraft jetzt in die Gemeinden, in denen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wohnen.

Das Ergebnis für das Land Bremen ist, daß die rund 90.000 aus Niedersachsen kommenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sogenannten Pendler, die Steuern in Niedersachsen bezahlen. Dabei sind die oberzentralen Aufgaben in Bremerhaven und Bremen geblieben.

Trotz Länderfinanzausgleich verlieren wir durch die Steuern, die diese Pendler an Niedersachsen zahlen, im Saldo über 400 Millionen Mark. Wir gelten als nehmendes Land, obwohl tatsächlich sehr viel mehr an Finanzmitteln aus Bremen abgezogen werden, als wir wiederbekommen.

Nun wirft uns Baden-Württemberg vor, Hamburg und Bremen seien durch die Einwohnerwertung im Finanzausgleich begünstigt. Die Einwohner in Hamburg und Bremen werden ja nicht mit 100 Prozent angerechnet, sondern mit 135 Prozent. Diese Einwohnerwertung soll aber die Tatsache ausgleichen, daß die Hansestädte kein Umland haben, das zu ihrem Bundesland zählt. Hier soll also die oberzentrale Funktion der Hansestädte für das Umland finanziell berücksichtigt werden. Eine Berücksichtigung, die im internen Finanzausgleich der Flächenländer wiederum selbstverständlich ist.

So werden beispielsweise unter Beachtung aller internen Verrechnungen, durch Zuweisungen für Theater, öffentliche Verkehrskommunikation, um nur zwei Beispiele zu nennen, die Einwohner von Stuttgart mit dem Ausgleichswert von 190 Prozent bedacht. Uns aber will man 135 Prozent streitig machen. Wir sind dagegen der Meinung, daß die seit der Steuerreform stattgefundene starke Umlandwanderung zu einer Erhöhung der Einwohnerwertung führen muß.

(-/23.10.1985/va/ks)

+ + +

